

**Satzung
der Stadt Meschede
zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen
nach §§ 135 a bis 135 c BauGB**

Satzung der Stadt Meschede zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135 a bis 135 c
BauGB vom 25.09.2009 2

Anlage zu § 2 Abs. 3 der Satzung der Stadt Meschede zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach
§§ 135 a - 135 c BauGB -- Grundsätze für die Ausgestaltung von Ausgleichsmaßnahmen 4

**Satzung
der Stadt Meschede
zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen
nach §§ 135 a bis 135 c BauGB vom 25.09.2009**

Aufgrund des § 135 c des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666 ff.) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Meschede in seiner Sitzung am 24.09.2009 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen**

Kostenerstattungsbeiträge für die Durchführung von zugeordneten Ausgleichsmaßnahmen werden nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches (BauGB) und dieser Satzung erhoben.

**§ 2
Umfang der erstattungsfähigen Kosten**

(1)
Erstattungsfähig sind die Kosten für die Durchführung von allen Ausgleichsmaßnahmen, die nach § 9 Abs. 1 a BauGB zugeordnet sind.

(2)
Die Durchführungskosten umfassen die Kosten für

1.
den Erwerb und die Freilegung der Flächen für Ausgleichsmaßnahmen,
2.
die Ausgleichsmaßnahmen einschließlich ihrer Planung, Fertigstellungs- und Entwicklungspflege.

Dazu gehört auch der Wert der von der Stadt Meschede aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.

(3)
Die Ausgestaltung der Ausgleichsmaßnahmen einschließlich deren Durchführungsdauer ergibt sich aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes in Verbindung mit den in der Anlage dieser Satzung dargestellten Grundsätzen. Der Bebauungsplan kann im Einzelfall von den in der Anlage beschriebenen Grundsätzen Abweichungen vorsehen. Dies gilt entsprechend für Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB.

(4)
Die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.

**§ 3
Ermittlung der erstattungsfähigen Kosten**

Die erstattungsfähigen Kosten werden nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

**§ 4
Verteilung der erstattungsfähigen Kosten**

(1)
Die nach §§ 2 und 3 erstattungsfähigen Kosten werden auf die nach § 9 Abs. 1 a BauGB zugeordneten Grundstücke nach Maßgabe der zulässigen Grundfläche (§ 19 Abs. 2 BauNVO) verteilt.

(2)
Kann die berechnete zulässige Grundfläche innerhalb der gezogenen Baugrenzen und Baulinien nicht realisiert werden, wird die überbaubare Grundstücksfläche innerhalb der gezogenen Baugrenzen und Baulinien zugrunde gelegt.

(3)
Ist keine zulässige Grundfläche festgesetzt, wird die überbaubare Grundstücksfläche zugrunde gelegt.

(4)
Für sonstige selbständige versiegelbare Flächen wie private Straßen und Wege gilt die versiegelbare Fläche als überbaubare Grundstücksfläche.

(5)
Eine bei Bekanntmachung der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes (§3 Abs. 2 BauGB) auf einem Grundstück bereits vorhandene versiegelte Fläche wird von der nach den vorstehenden Ordnungsnummern (1) bis (4) ermittelten Verteilungsfläche abgezogen. Tritt vorher eine Veränderungssperre (§ 14 BauGB) in Kraft, gilt der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Veränderungssperre.

§ 5 Anforderung von Vorausleistungen

(1) Die Gemeinde kann für Grundstücke, für die eine Kostenerstattungspflicht noch nicht oder nicht in vollem Umfang entstanden ist, Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Kostenerstattungsbetrages anfordern, sobald die Grundstücke, auf denen Eingriffe zu erwarten sind, baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen.

(2) Die Vorausleistung wird mit dem endgültigen Kostenerstattungsbetrag verrechnet, auch wenn der Vorauszahlende nicht endgültig zahlungspflichtig ist (z. B. Eigentumswechsel).

(3) Die Vorausleistung wird einen Monat nach Bekanntgabe der Anforderung fällig.

§ 6 Ablösung

Der Kostenerstattungsbetrag kann auf Antrag abgelöst werden. Der Ablösebetrag bemisst sich nach der voraussichtlichen Höhe des zu erwartenden endgültigen Erstattungsbetrages und ist einen Monat nach Abschluss der Vereinbarung fällig. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit des Kostenerstattungsbetrages

(1) Die Verpflichtung zur Leistung des endgültigen Kostenerstattungsbetrages entsteht mit dem Abschluss der Maßnahme nach § 2 Abs. 3 (ohne Entwicklungspflege), sobald die Grundstücke, auf denen Eingriffe zu erwarten sind, baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen.

(2) Der Kostenerstattungsbetrag wird einen Monat nach Bekanntgabe der Anforderung fällig.

§ 8 Kostenerstattungs- und Vorausleistungspflichtiger

(1) Kostenerstattungs- und Vorausleistungspflichtig sind gem. § 135a BauGB der Vorhabenträger oder der Eigentümer eines zugeordneten Grundstückes im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenerstattungsbescheides.

(2) Mehrere Pflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Meschede zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a bis 135 c BauGB vom 18.10.2000 außer Kraft.

Anlage zu § 2 Abs. 3 der Satzung der Stadt Meschede zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB -- Grundsätze für die Ausgestaltung von Ausgleichsmaßnahmen

1. Anpflanzung/Aussaat von standortheimischen Gehölzen, Kräutern und Gräsern

1.1 Anpflanzung von Einzelbäumen

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Herstellen der Vegetationstragschicht nach DIN 18915 und der Pflanzgrube gem. DIN 18916
- Anpflanzung von Hochstambäumen mit einem Stammumfang der Sortierung 18/20
- Verankerung der Bäume und Schutz vor Beschädigungen sowie Sicherung der Baumscheibe
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 4 Jahre

1.2 Anpflanzung von Gehölzen, freiwachsenden Hecken und Waldmänteln

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Anpflanzung von Bäumen I. Ordnung mit einem Stammumfang der Sortierung 18/20, Bäumen II. Ordnung mit einem Stammumfang der Sortierung 16/18, Heistern 150/175 hoch und zweimal verpflanzten Sträuchern je nach Art in der Sortierung 60/80, 80/100, 100/150 hoch
- je 100 qm je 1 Baum I. Ordnung, 2 Bäume II. Ordnung, 5 Heister und 40 Sträucher
- Verankerung der Gehölze und Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 3 Jahre

1.3 Anlage standortgerechter Wälder

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Aufforstung mit standortgerechten Arten
- 3.500 Stück je ha, Pflanzen 3 - 5 jährig, Höhe 80 - 120 cm
- Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 5 Jahre

1.4 Schaffung von Streuobstwiesen

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Anpflanzung von Obstbaumhochstämmen und Befestigung der Bäume
- je 100 qm ein Obstbaum der Sortierung 10/12
- Einsaat Gras-/Kräutermischung
- Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 5 Jahre

1.5 Anlage von naturnahen Wiesen und Krautsäumen

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Einsaat von Wiesengräsern und -kräutern, möglichst aus autochtonem Saatgut
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 3 Jahre

2. Schaffung und Renaturierung von Wasserflächen

2.1 Herstellung von Stillgewässern

- Aushub und Einbau bzw. Abfuhr des anstehenden Bodens
- ggf. Abdichtung des Untergrundes
- Anpflanzung standortheimischer Pflanzen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 3 Jahre

2.2 Renaturierung von Still- und Fließgewässern

- Offenlegung und Rückbau von technischen Ufer- und Sohlbefestigungen
- Gestaltung der Ufer und Einbau natürlicher Baustoffe unter Berücksichtigung ingenieurbiologischer Vorgaben
- Anhebung des Gewässerbettes,
- Anlegung von Flutmulden
- Schaffung von Strömungsdiversitäten, also langsam und schnell fließenden Stromabschnitten; Anlegen von Schotterbänken (u. a. als Fischlaichplätze) dergestalt, dass der Strom zukünftig in mehreren Gerinnen fließt
- Verbreiterung des Gewässerbettes unter Inanspruchnahme der seitlichen Auenbereiche
- Anpflanzung standortheimischer Pflanzen
- Entschlammung

- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 3 Jahre
- 2.3 Spezielle Renaturierungsmaßnahmen in Flussgebieten und in angrenzenden Auenbereichen wie folgt:
- Bau einer Fischtreppe an einem Wehr,
 - Bau eines Umgehungsgerinnes – Rampe – neben einem Wehr,
 - Rückbau eines Wehres und Schaffung einer rauhen Gleite oder rauhen Rampe,
 - Umbau von Wehranlagen mit dem Ziel, das Unterwasser von einem höheren Wasserkontingents durchströmen zu lassen, d. h. aus dem Triebwerksgraben ein höheres Wasserkontingents abzuzweigen, um Fischsterben im anderenfalls trockenfallenden Unterwasserbett vorzubeugen.
- 3. Begrünung von baulichen Anlagen**
- 3.1 Fassadenbegrünung
- Anpflanzung von selbstklimmenden Pflanzen
 - Anbringung von Kletterhilfen und Pflanzung von Schling- und Kletterpflanzen
 - eine Pflanze je 2 lfm.
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 2 Jahre
- 3.2 Dachbegrünung
- intensive Begrünung von Dachflächen
 - extensive Begrünung von Dachflächen
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 3 Jahre
- 4. Entsiegelung und Maßnahmen zur Grundwasseranreicherung**
- 4.1 Entsiegelung befestigter Flächen
- Ausbau und Abfuhr wasserundurchlässiger Beläge
 - Aufreißen wasserundurchlässiger Unterbauschichten
 - Einbau wasserdurchlässiger Deckschichten
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 1 Jahr
- 4.2 Maßnahmen zur Grundwasseranreicherung
- Schaffung von Gräben und Mulden zur Regenwasserversickerung
 - Rückbau/Anstau von Entwässerungsgräben, Verschließen von Drainagen
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 1 Jahr
- 5. Maßnahmen zur Extensivierung**
- 5.1 Umwandlung von Acker bzw. intensivem Grünland in Acker- und Grünlandbrache
- Nutzungsaufgabe
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 1 Jahr
- 5.2 Umwandlung von Acker in Ruderalflur
- ggf. Abtragen und Abtransport des Oberbodens
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 1 Jahr
- 5.3 Umwandlung von Acker in extensiv genutztes Grünland
- Bodenvorbereitung ggf. Abtragen und Abtransport des Oberbodens
 - Einsaat von Wiesengräsern und Kräutern
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 5 Jahre
- 5.4 Umwandlung von intensivem Grünland in extensiv genutztes Grünland
- Nutzungsreduzierung
 - Aushagerung durch Mahd und Verwertung oder Abtransport des Mähgutes
 - bei Feuchtgrünland Rückbau von Entwässerungsmaßnahmen
 - Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 5 Jahre
- 6. Landschaftspflegerische Aufwertungsmaßnahmen in bestehenden Wald- und Forstflächen sowie Bruchflächen, Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten**

- in Waldsiepen: Freischlagen von Fichtenbewuchs beidseitig der Waldsiepen in einer Breite von jeweils 20 m entlang des Bachlaufes; Anpflanzung von Laubbäumen auf 100 % dieser freigeschlagenen Flächen, die für den jeweiligen Standort geeignet sind (Erle, Ahorn, Esche)
- Voranbau: Umwandlung alter Fichte in standortgerechten Laubwald
- Sukzession: Jungen Laubwald zu Bruch- / Moorwald entwickeln; keine Bewirtschaftung
- Wiedervernässung: jungen Laubwald zu Bruch- / Moorwald entwickeln; keine Bewirtschaftung
- Fehlbestockung entnehmen: Umwandlung alter Fichte in Moorwald
- Fehlbestockung entnehmen, Wiedervernässung: Umwandlung alter Fichte in Moorwald / Nichtwirtschaftswald
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege: 5 Jahre.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a bis 135 c BauGB wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 215 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 in der zur Zeit gültigen Fassung und § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung von Vorschriften der in § 214 BauGB beschriebenen Art unter den Voraussetzungen des § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich wird, wenn sie nicht innerhalb von 1 Jahr seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Meschede unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden ist,
2. eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
 - b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Meschede vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Vorstehendes wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

59870 Meschede, den 25. September 2009

Stadt Meschede
Der Bürgermeister

Uli Hess